



Presseschau vom 16.12.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Jens Zimmer: Der Aufstieg der Gottkönige

Die Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie bringen erhebliche Einschnitte in die Grundrechte mit sich. Neu ist diese Entwicklung nicht. Schon seit einigen Jahren bewegen wir uns – wie an der Schnur gezogen – in die Richtung einer Dystopie. ...

<https://kurz.rt.com/2d4p>

Valentin Raskatov: Wie die Windkraft auf See die traditionelle Fischerei verdrängt

Dort, wo Windräder stehen, darf nicht gefischt werden. Und ihre Menge soll in der Nord- und der Ostsee bis 2040 auf das 25-Fache ansteigen, um die Produktion von grünem Strom und Wasserstoff zu steigern. Die traditionelle Fischerei beobachtet diese Ausdehnung mit Sorge und fürchtet um ihre Existenz. ...

<https://snanews.de/20201216/traditionelle-fischerei-und-windkraft-184985.html>

abends/nachts:

snanews.de: Athen verüffacht Rüstungsetat angesichts anhaltender Spannungen im Mittelmeer

Die griechische Regierung will die Rüstungsausgaben für 2021 mit rund 2,5 Milliarden Euro gegenüber dem scheidenden Jahr beinahe verüfffachen. Das sieht ein für das kommende Jahr konzipierter Haushalt vor, wie die Deutsche Presse-Agentur am Dienstag aus Athen meldet. Das wichtigste Finanzdokument des Landes sollte am späten Dienstagabend nach einer

Parlamentsdebatte verabschiedet werden. Griechischen Medien zufolge steht der Entschluss schon fest, weil der konservative Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis im Parlament eine klare Mehrheit hat.

Höhere Rüstungsausgaben sind angesichts der angespannten Lage im östlichen Mittelmeer nötig, hieß es in Athen. In der Region streiten Griechenland und die Türkei um Erdgasvorkommen, die beide Länder jeweils für sich beanspruchen.

Athen plant zudem, 18 französische Kampffjets vom Typ Rafale zu kaufen. In der kommenden Woche wird die französische Verteidigungsministerin Florence Parly in Athen erwartet.

Geplant ist die Unterzeichnung eines dahingehenden Vertrages. Darüber hinaus will Griechenland vier Fregatten samt Munition und anderem Zubehör erwerben.

Der dpa zufolge hatte Griechenland selbst während der schweren Finanzkrise an hohen Rüstungsausgaben festgehalten. 2019 habe Athen im Vergleich zu anderen Nato-Partnern bei den Ausgaben im Verhältnis zum Bruttonationalprodukt mit 2,3 Prozent auf Platz drei hinter den USA und Bulgarien gelegen, hieß es.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/0f/174712_0:28:2982:1705_1440x0_80_0_0_b67f6b3ece3d25690965bcd8785e1296.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 15. Dezember 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

deu.belta.by: **Jugendparlamentarier entwickeln Projekte zur Popularisierung des Unionsstaates**

Die Sitzung des Rates und die sechste Sitzung der Jugendkammer bei der Parlamentarischen Versammlung der Union Belarus-Russland haben am 15. Dezember per Videokonferenz stattgefunden. An der Veranstaltung beteiligten sich die Mitglieder der Jugendkammer sowie Abgeordnete der Parlamentarischen Versammlung, wie ein BelTA-Korrespondent bekanntgab.

„Dies ist eine sehr wichtige Veranstaltung. Denn es ist die zweite Sitzung nach der Neubildung der Jugendkammer. Sie haben bereits für sich selbst festgelegt, welche neuen Projekte sie in diesen zwei Jahren in dieser Einberufung umsetzen werden“, sagte die Vizevorsitzende der Kommission für Sozial- und Jugendpolitik, Wissenschaft, Kultur und humanitäre Fragen, Vorsitzende der Ständigen Kommission für Gesundheitswesen,

Körperkultur, Familien- und Jugendpolitik der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung von Belarus Ljudmila Makarina-Kibak.

Die Mitglieder der Jugendkammer legten zur Diskussion Vorschläge zur Entwicklung von Projekten vor, die auf die Förderung des Themas des Unionsstaates, die Bewahrung des historischen Gedächtnisses und des kulturellen Erbes, die Erhöhung der Qualifikation junger Fachleute aus Belarus und Russland, die Unterstützung und Entwicklung der Unternehmertätigkeit, das Studium der Umweltbedingungen der Grenzregionen, den Ausbau der zwischenstaatlichen Sportbeziehungen gerichtet sind.

Ljudmila Makarina-Kibak bemerkte, es werde das internationale historisch-kulturologische Projekt „Digitaler Stern“ fortgesetzt. „Mehr als 400 Denkmäler wurden bereits digitalisiert und das ist sehr bedeutend. Damit junge Menschen sich an ihre Geschichte erinnern und die begonnene Arbeit fortsetzen können. Überall in der Welt wird heute über das Thema Umwelt gesprochen. Und es ist sehr wichtig, dass die Jugend auch für die Umwelt kämpft. In der Tat sind unsere jungen Leute sehr aktiv. Sowohl Belarus als auch Russland schenken der Jugendpolitik viel Aufmerksamkeit“, fügte sie hinzu.

Der Pressedienst der Parlamentarischen Versammlung teilte mit, im Anschluss an die Diskussion seien Beschlüsse gefasst worden, mit denen die entsprechenden Kommissionen der Jugendkammer beauftragt worden seien, Vorbereitungspläne und Verfahren zur Umsetzung der eingereichten Projekte zu entwickeln und dem Jugendkammerrat zur Erörterung vorzulegen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1608105606_54632_big.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 15. Dezember 3:00 Uhr bis 16. Dezember 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 14.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstands mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7), Jasinowataja, Spartak, Jakowlewka, Wesjoloje, Alexandrowka, Leninskoje.**

Um 10:30 Uhr und um 15:05 Uhr wurde im Gebiet von Wodjanoje die Durchführung technischer Arbeiten durch die BFU festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse betrug 41.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden sechs Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

deutsch.rt.com: **Israel erwägt eine gemeinsame Raketenabwehr mit Golfstaaten**

Israel signalisiert eine künftige Zusammenarbeit im Bereich der Raketenabwehr mit den arabischen Golfstaaten. Bislang normalisierte Israel seine Beziehungen zu einigen arabischen Staaten, um eine neue Front gegen den Iran in der Region aufzubauen.

Israel könnte offen sein für eine künftige Zusammenarbeit im Bereich der Raketenabwehr mit den arabischen Golfstaaten, die mit Israel "gemeinsame Sorge" über den Iran in der Region teilen, sagte ein hochrangiger israelischer Beamter am Dienstag. Moshe Patel, der Leiter der israelischen Raketenabwehrorganisation, die Teil des Verteidigungsministeriums ist, sagte jedoch, es sei noch verfrüht, von solchen Abkommen zu sprechen, hieß es auf Reuters.

Washingtons Zustimmung wäre dabei notwendig, wenn israelische Systeme, welche mit US-Technologie entwickelt worden seien, in künftige Deals involviert wären, sagte er weiter.

„Aus technischer Sicht gibt es natürlich dabei einen großen Vorteil. Diese Informationen können ausgetauscht werden, wie Sensoren, die in beiden Ländern eingesetzt werden können, weil wir die gleichen Feinde haben“, sagte Moshe Patel.

Vor Kurzem warnte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu auf einer Pressekonferenz mit dem Nationalen Sicherheitsberater der USA, Robert O'Brien, in Jerusalem, dass Iran bald in der Lage sein könne, „Raketen mit nuklearen Sprengköpfen gegen Europa und die Vereinigten Staaten“ abzufeuern, wenn sich die internationale Gemeinschaft nicht zusammenschließe, um Teherans Ambitionen über sein Atomwaffenprogramm zu stoppen. Netanjahus Worte richteten sich gegen den designierten US-Präsidenten Joe Biden, der am 20. Januar ins Weiße Haus einziehen wird. Israel befürchtet, dass Biden die „harte Haltung der USA“ gegen das iranische Atomprogramm aufweichen könne, indem dieser zum Atomabkommen 2015 zurückkehren würde. Die iranische Führung geht jedoch davon aus, dass im Weißen Haus ohnehin eine strategische Feindschaft mit Iran herrsche und die Unterschiede Republikanern und Demokraten nicht substantiell seien, sondern höchstens aus taktischen Gründen resultieren würden.

Netanjahu sucht nach neuen strategischen Partnern gegen die mutmaßliche Bedrohung durch den Iran im Nahen Osten, nachdem die USA angekündigt hatten, sich aus der Region Schrittweise zurückziehen zu wollen. In diesem Zusammenhang initiierte Trumps Administration unlängst das "Friedensabkommen" zwischen Israel und arabischen Staaten, wobei es sich im Grunde nicht um Frieden, sondern die Eröffnung einer neuen Front gegen die aufstrebende Macht Iran in der Region handelt. Trumps Strategie zielte zudem darauf, "Friedensgespräche" zwischen Israel und arabischen Staaten anzukurbeln, ohne zuvor erst die Palästinafrage zu lösen.

Nach dem Ausstieg aus dem Atomabkommen im Jahr 2018 haben die USA alte, bereits ausgesetzte Sanktionen gegen Iran wieder eingeführt – und neue verhängt. Teheran reagierte bislang auf die Wiedereinsetzung der US-Sanktionen mit einem schrittweisen Zurückschrauben der Einhaltung des Abkommens von 2015. Israel soll seit Jahrzehnten an einem Atomwaffenprogramm ohne jegliche internationale Kontrolle arbeiten. Der ehemalige Sicherheitsberater der USA, Colin Powell, sagte seinerzeit, Israel verfüge über 200 Atomwaffen. Das schrieb er im Jahr 2015 in einer E-Mail an den Spender der Demokratischen Partei, Jeffrey Leeds. Hacker hatten zahlreiche E-Mails Powells abgefangen und veröffentlicht.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.12/article/5fd8e2d548fbef3b554fc6df.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 16. Dezember um 9:00 Uhr 1897 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 1642 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 157 Todesfälle.

deu.belta.by: **Übersicht der Antimonopolgesetzgebung von Belarus am 14. Dezember online präsentiert**

Die Online-Präsentation der vom UNCTAD-Sekretariat durchgeführten Übersicht der Antimonopolgesetzgebung der Republik Belarus hat am 14. Dezember stattgefunden. Das gab die Ständige Vertretung von Belarus bei UNO und anderen internationalen Organisationen in Genf einem BelTA-Korrespondenten bekannt.

„An der Präsentation, die unter Mitwirkung der Ständigen Vertretung von Belarus in Genf organisiert wurde, nahmen UNCTAD-Generalsekretär Mukhisa Kituyi, Minister für Antimonopolregelung und Handel der Republik Belarus Wladimir Koltowitsch, Leiter und Mitarbeiter der Antimonopolbehörden der EAWU-Mitgliedstaaten sowie Vertreter internationaler Organisationen teil“, hieß es in der Mitteilung.

Während der Eröffnungsansprache dankte der UNCTAD-Generalsekretär Belarus für das Interesse und Vertrauen zur Erfahrung von UNCTAD im Bereich Gesetzgebung und Politik für Konkurrenzfragen und betonte einen wesentlichen Beitrag unseres Landes zur Diskussion auf der UNCTAD-Plattform zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet Anwendung der Gesetzgebung zu Konkurrenzfragen.

Wladimir Koltowitsch bedankte sich bei UNCTAD für die durchgeführte Arbeit und unterstrich, dass die belarussische Seite das Thema Konkurrenz als eine der Schlüsselrichtungen in der UNCTAD-Arbeit nach der Konferenz UNCTAD-15 einschätzt. Es wurde hervorgehoben, dass die Empfehlungen von UNCTAD-Experten nach den Ergebnissen der Rechtsübersicht bei der Vorbereitung von Änderungen in die belarussische Gesetzgebung über die Konkurrenz berücksichtigt werden.

Im Rahmen der Übersicht analysierten UNCTAD-Experten die aktuelle Antimonopolgesetzgebung von Belarus (in Kraft seit August 2018) im Hinblick auf ihre Übereinstimmung mit dem UNCTAD-Modellgesetz über die Konkurrenz, internationalen Best Practices im Bereich Gesetzgebung und Politik auf dem Gebiet Konkurrenz. Besondere Aufmerksamkeit wird in der Übersicht den Empfehlungen zur Verbesserung der Normen der belarussischen Antimonopolgesetzgebung in Bezug auf ihre extraterritoriale Anwendung, Ansätze zur Definition der vorherrschenden Lage im Zusammenhang mit der

Entwicklung der digitalen Wirtschaft, Regulierung des Verhaltens von marktbeherrschenden Subjekten, Verbot von Vereinbarungen zur Einschränkung des Wettbewerbs von Wirtschaftssubjekten und Gewährleistung des diskriminierungsfreien Zugangs zu Waren gewidmet.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000021_1608108762_54633_big.jpg

мздр.рус: Am 15. Dezember wurden in der DVR 654 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 186 positiv, bei 19 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch festgestellt.

Am 16. Dezember um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 12.890 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3937 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 7780 als gesund entlassen, es gibt 1173 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 133 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 11 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 102 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 1651 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 576 mit Sauerstoffunterstützung (+34 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

snanews.de: „Ich war sprachlos“: **Japanische Asteroiden-Probe enthält viel organisches Material**

Mit einem gezielten Einschlag und der Rückführung einer Probe vom Asteroiden Ryugu hat Japan eine Präzision im Weltall der Extraklasse demonstriert. Nun wurde die Kapsel geöffnet und übersteigt alle Erwartungen sowohl in der Menge an Material als auch im Anteil an organischen Substanzen.

Die japanische Raumsonde „Hayabusa 2“ hat die zweite Asteroidenprobe in der Menschheitsgeschichte auf die Erde gebracht. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger „Hayabusa“ wurde dabei die Oberfläche des Asteroiden Ryugu durch den gezielten Einschlag eines Projektils von der Sonde aus aufgesprengt, sodass auch darunterliegendes Material entnommen werden konnte. Daneben hat die Sonde, ebenfalls zum ersten Mal, Material in gasförmigen Zustand auf die Erde befördert.

Am Dienstag wurde die Anfang Dezember zurückgekehrte Kapsel mit dem Asteroidenmaterial in Japan geöffnet – und der Inhalt hat die japanische Forscher in

Erstaunen versetzt:

„Als wir sie geöffnet haben, war ich sprachlos. Es war mehr (Anm. d. Red.: Material) als erwartet und es war so viel, dass ich tief beeindruckt war“, sagte Jaxa-Forscher Hirotaka Sawada. „Es war kein pulverförmiges Material, sondern es gab darunter einige Proben, die mehrere Millimeter Durchmesser hatten.“

Dem Hayabusa-Projekt-Mitarbeiter Seiichiro Watanabe zufolge enthielten die Proben zudem einen deutlichen Anteil an organischem Material. „Ich hoffe, wir können jetzt viel darüber lernen, wie sich organische Substanzen auf Ryugu gebildet haben“, betonte er.

Die Hälfte der Proben will die japanische Weltraumagentur Jaxa unter sich und anderen internationalen Weltraumagenturen aufteilen. Die andere Hälfte wird für eine Zukunft eingelagert, in der bessere Technologien für eine Analyse zur Verfügung stehen werden.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/10/180171_0:413:2207:1654_1440x0_80_0_0_fb02da47d7e8e0cfaf260abd3b2de689.jpg

deu.belta.by: **Besuch europäischer Experten am AKW Ostrowez abgesagt**

Der für 16.-18. Dezember geplante Besuch europäischer Experten am Belarussischen Atomkraftwerk in Ostrowez findet nicht statt. Das teilte das Departement für Atom- und Strahlungssicherheit des belarussischen Katastrophenschutzministeriums (Gosatomnadsor) der Telegraphenagentur BelTA mit.

„Wie das ENSREG-Team über interne Kanäle informiert hat, haben die europäischen Experten beschlossen, ihren Besuch am 16.-18. Dezember am Belarussischen Kernkraftwerk abzusagen. Eine offizielle Benachrichtigung über die Absage war bei Gosatomnadsor nicht eingegangen“, hieß es.

Belarus sei allen Wünschen europäischer Partner entgegengekommen, um in Zeiten der Pandemie diesen Besuch zu ermöglichen, teilte Gosatomnadsor mit.

„Wir bekennen uns nach wie vor zu unseren freiwilligen Verpflichtungen, die wir nach den AKW-Stresstests eingegangen sind. Wir hoffen auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen“, hieß es.

Wie bereits berichtet, haben die Experten der Europäischen Kommission und der Europäischen Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit (ENSREG) einen Besuch am KKW Ostrowez geplant. Er sollte am 16.-18. Dezember im Rahmen der partnerschaftlichen Überprüfung der in 2018 durchgeführten AKW-Stresstestergebnisse stattfinden.

Belarus hat freiwillig beschlossen, die AKW-Stresstests nach der von der EU erarbeiteten Methode durchzuführen. Dabei wurden die „Sicherheitsreserven“ eingeschätzt. Das Atomkraftwerk wurde auf Sicherheit bei Natur- und von Menschen verursachten Katastrophen geprüft.

Nach Ergebnissen von Stresstests bereitete die Staatliche Atomaufsichtsbehörde den nationalen Aktionsplan vor, der sowohl die nationalen Empfehlungen als auch die Auflagen europäischer Experten zusammenfasste. Das Dokument enthält 23 Veranstaltungen, die in der Zeitperiode 2019-2025 umgesetzt werden sollen. Ein Teil von Empfehlungen ist schon erfüllt. Das Belarussische AKW ist ein Projekt zum Bau des Atomkraftwerkes vom Typ WWER-1200, das in der Nähe von Ostrowez (Gebiet Grodno) gemäß dem russischen Projekt AKW-2006 umgesetzt wird.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1608115074_54638_big.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 16. Dezember 2020

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **14-mal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 503. Marineinfanteriebataillons der 35. Brigade der BFU in Verletzung des zweiten Punkts der geltenden Maßnahmen dreimal das Regime der Feueinstellung verletzt und die **Siedlung des Bergwerks 6/7** in Gorlowka mit einem Antipanzerhandgranatwerfer, einem automatischen Granatwerfer, einem Unterlaufgranatwerfer und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 3. mechanisierten Bataillons der 72. Brigade der BFU dreimal das Feuer mit automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Jasinowataja** und **Jakowlewka** eröffnet. Von den Positionen des 37. Bataillons der 56. Brigade wurden **Spartak** und **Wesjloje** zweimal mit automatischen Granatwerfern beschossen. Strafruppen des 2. Luftlandebataillons der 79. Brigade der BFU haben das Feuer mit Unterlaufgranatwerfern und Schusswaffen auf **Alexandrowka** eröffnet.

In **Richtung Mariupol** wurde die größte Zahl von Verstößen des Gegners festgestellt. So haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje den verbrecherischen Befehl des Brigadekommandeurs Gnatow ausgeführt und fünfmal das Feuer mit automatischen Granatwerfern auf **Leninskoje** eröffnet und dabei 19 Granaten abgefeuert.

Außerdem haben unsere Beobachter zweimal die **Durchführung von technischen Arbeiten** durch den Gegner im Gebiet von Wodjanoje beobachtet, wobei eine Detonation festgestellt wurde.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen vier Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

In einem Wohngebiet von Sajzewo befindet sich ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug aus dem Bestand der 35. Marineinfanteriebrigade. Am Rand von Krasnogorowka drei Schützenpanzer aus dem Bestand der 79. Luftsturmgrade. Die Fälle grober Verletzungen des Waffenstillstands wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Wir bitten die Vertreter der OSZE-Mission, neben der Erfassung weiterer Fälle von Verletzung des Waffenstillstands bei der Durchführung von Ermittlungen gegen die ukrainischen Einheiten, die das Regime der Feueinstellung nicht einhalten, Unterstützung zu leisten, um effektiv Disziplinarmaßnahmen entsprechend dem vierten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands gegen die Schuldigen zu ergreifen.

Wir merken an, dass die **Feuerprovokationen von Seiten der BFU während der Sitzung der Kontaktgruppe** offen die Unfähigkeit des Kiewer Regimes und des Kommandos der OOS demonstrieren, die ihnen unterstellten Einheiten zu kontrollieren und eine genaue Einhaltung des Waffenstillstands zu gewährleisten.

Der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodol hat sich ein weiteres Mal als nomineller Funktionsträger erwiesen, der nicht in der Lage ist, bei seinen Untergebenen eine direkte Umsetzung des Befehls über die Einhaltung des Regimes der Feueinstellung zu erreichen. Fünf ukrainische Brigadekommandeure, die Kriegsverbrecher Palas, Bogomolow, Iwanow, Luzenko und Gnatow, die ihre Straflosigkeit fühlen, haben entsprechend ihren persönlichen Ambitionen gehandelt und kriminelle Befehle zur Eröffnung des Feuers auf das Territorium der Republik erteilt. Daneben verbinden wir die verbrecherische Aktivität des Gegners mit dem Abwesenheit von Krawtschenko in der OOS-Zone sowie mit der unzureichenden Autorität des kommissarischen Kommandeurs der OOS Ganuschtschak unter den ukrainischen Kommandeuren.

Wir erhalten weiter **Informationen über Vorfälle und nicht kampfbedingte Verluste** der bewaffneten Formationen der Ukraine in der OOS-Zone.

Am 15. Dezember ereignete sich bei technischen Arbeiten auf den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade im Gebiet von Wodjanoje die Detonation einer unbekanntem Sprengvorrichtung, dabei starb der Matrose Gorbyl, drei weitere Kämpfer wurden schwer verletzt. Die zur Durchführung einer Ermittlung vor Ort eingetroffenen Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes stellten fest, dass die Kämpfer Alkohol getrunken hatten, zwei Kämpfer wurden festgenommen.

Ein weiterer Vorfall ereignete sich auf dem Territorium des zeitweiligen Stationierungspunktes in Sopino, wo während der Zubereitung von Essen auf offenem Feuer Material einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 36. Brigade in Brand geriet. Bei der Löschung des Brandes erlitten zwei Kämpfer mittelschwere Brandverletzungen an den Armen. Es wurde ein Stück Technik von einem „Bukowel-AD“-Komplex beschädigt. Bis jetzt ist kein Bericht über den Vorfall an den übergeordneten Stab erfolgt.

Im Verantwortungsbereich der 35. Brigade im Gebiet von Schumy entstand bei der Verladung von Brennholz zu Heizen ein Konflikts zwischen Kämpfern des 503. Bataillons, dabei schlug der Matrose Zykalo den Fahrer des Lastwagens, den Matrosen Korobow, der sich geweigert hatte, sich an der Verladung zu beteiligen. Bei dem Kämpfer wurde zahlreich Schürfwunden und Platzwunden festgestellt.

Zu dem Fall von nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen wird in der Einheit eine Ermittlung durchgeführt.

Neue Berichte über einen angeblichen zweiten Versuch, den Politblogger Alexei Nawalny zu vergiften, sind „amüsant“, so der russische Außenminister. Eine solche Anschuldigung zeige jedoch, dass dem Westen jegliche ethischen Normen bei der Feststellung von Fakten fehlen. Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat die Veröffentlichungen über eine vermeintliche Doppelvergiftung des russischen Politbloggers Alexei Nawalny als unseriös bezeichnet. Auf einer Pressekonferenz in Zagreb erklärte der russische Chefdiplomat: „Wir sind schon daran gewöhnt, dass die USA und andere westliche Länder in den Medien einfach Anschuldigungen gegen Russland verkünden, ob es sich um Hacker oder irgendeine Sensation über die doppelte oder sogar dreifache Vergiftung von Nawalny handelt. Es stellte sich heraus, dass seine Frau zum ersten Mal vergiftet wurde.“

„All diese Nachrichten sind amüsant zu lesen, aber die Art und Weise, wie diese Nachrichten präsentiert werden, sagt nur eines aus: dass unseren westlichen Partnern jegliche ethischen Normen fehlen, es ihnen an Fähigkeiten normaler diplomatischer Arbeit mangelt und sie nicht bereit sind, sich an internationale Rechtsnormen zu halten, wenn es um die Feststellung von Fakten geht.“

„Die Logik dabei ist wie folgt: Wir haben hier zum Beispiel neue Fakten bekannt gegeben, die von den deutschen Sonderdiensten über die Vergiftung von Nawalny aufgedeckt wurden. Moskau hat zwei Tage lang dazu geschwiegen. Also bedeutet dies, dass es schuldig ist. Die Armseligkeit dieses Ansatzes ist meines Erachtens für jeden vernünftigen Menschen offensichtlich.“

Anfang Dezember zitierte die Sunday Times anonyme Quellen, die behaupteten, dass man in Russland versucht habe, Nawalny ein zweites Mal zu vergiften.

Der Kreml wies die Vorwürfe zurück. Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, sagte gegenüber Reportern:

„Es gibt Berichte, die man Fake News nennen kann, und es gibt solche Nachrichten, zu denen man nichts anderes mehr zu sagen braucht als das bestens passende englische Wort 'Bullshit'. Das hier ist genau so ein 'Bullshit'. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.“



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.12/article/5fd9eb9d48fbef6dc907ccab.jpg>

snanews.de: „**Was für eine Allianz ist das?!**“: Erdogan prangert US-Sanktionen an

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hat die jüngsten, wegen des Erwerbs von russischen Flugabwehrraketensystemen S-400 verhängten US-Sanktionen als einen Angriff auf die Souveränität des Landes eingestuft. Aus seiner Sicht sind die Sanktionen mit den Verpflichtungen der Nato-Verbündeten nicht vereinbar.

Erdogan verwies darauf, dass die CAATSA-Sanktionen erstmals gegen ein Mitglied des Nordatlantischen Bündnisses verhängt worden waren:

„Dies ist das erste Mal, dass Sanktionen im Rahmen des CAATSA-Gesetzes gegen einen

Nato-Mitgliedsstaat verhängt wurden. Was für Verbündete sind das? Was für eine Allianz ist das? Das ist ein offener Angriff auf die Hoheitsrechte unseres Landes“, empörte er sich. Am Montag hatten die USA gegen die Türkei wegen des Einsatzes des russischen Raketenabwehrsystems S-400 Sanktionen im Rahmen des sogenannten Gesetzes zur Bekämpfung der Gegner Amerikas (CAATSA) verhängt. Die Restriktionen seien laut dem US-Außenminister, Mike Pompeo, gegen das Direktorat der Verteidigungsindustrie (SSB) gerichtet, das dem Amt des türkischen Präsidenten, Recep Tayyip Erdogan, unterstellt ist. Vorgesehen sei ein Verbot für alle US-Exportlizenzen und -genehmigungen für das Direktorat. Zudem würden die Vermögenswerte des SSB-Chefs Ismail Demir sowie anderer ranghoher Funktionäre in den Vereinigten Staaten eingefroren, so Pompeo. „Behauptungen, dass das S-400-System angeblich eine Bedrohung für die F-35 darstelle, sind nichts weiter als ein Vorwand. Das eigentliche Ziel ist es, die entscheidenden Schritte und Durchbrüche zu stören, die unser Land in letzter Zeit in der Rüstungsindustrie gemacht hat, und uns wieder von ihnen abhängig zu machen“, äußerte Erdogan. Allerdings würden diese Versuche nicht aufgehen: „Wir werden weiterhin unseren eigenen Weg gehen und unsere Rüstungsindustrie auf jede Weise entwickeln“, sagte Erdogan. Ankara habe Washington mehrmals vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die die Kontroverse über die S-400 beilegen würde, erinnerte der türkische Staatschef. „Nach der gestrigen Entscheidung werden wir nun doppelt so hart daran arbeiten, unsere eigene Produktion in der Rüstungsindustrie zu erhöhen. Die Zeiten, in denen solche Sanktionen uns gehemmt haben, sind längst vorbei“, fügte er hinzu. Die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA hatten sich im Zusammenhang mit Lieferungen der russischen Flugabwehr-Raketensysteme S-400 zugespitzt. Washington forderte Ankara auf, sich aus dem Geschäft zurückzuziehen und im Gegenzug amerikanische Systeme „Patriot“ zu kaufen. Die USA drohten, den Verkauf der neuesten Kampfflugzeuge F-35 an die Türkei zu verzögern oder zu stornieren sowie Sanktionen gemäß dem sogenannten Gesetz zur Bekämpfung der Gegner Amerikas (CAATSA) zu verhängen. Die Türkei weigerte sich, Zugeständnisse zu machen, und setzte die Verhandlungen über eine weitere Lieferung von S-400-Systemen fort.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/02/52819_0:0:2455:1382_1440x0_80_0_0_b97e0dea8efdeacb121c1576195be421.jpg

mil-lnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij
In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben der Beobachter der LVR im GZKK **keine Verletzung des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

So hat unsere Aufklärung in den letzten 24 Stunden die Stationierung folgender Technik der ukrainischen Besatzer entdeckt:
im Verantwortungsbereich der 14. Brigade – zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Nowotoschkowskoje;
im Verantwortungsbereich der 92. Brigade – einen Schützenpanzer in der Nähe von Nowoalexandrowka

deutsch.rt.com: **Merkel: Wir brauchen keinen Neustart mit Russland**

Bei der Befragung der Bundesregierung am Mittwoch ging Bundeskanzlerin Angela Merkel auch auf Fragen zu den deutsch-russischen Beziehungen ein. Auf die Frage nach einer strategischen Neuausrichtung der Beziehungen zu Russland entgegnete Merkel, dass es keines Neustarts bedürfe.

AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla, der angab, sich in der vergangenen Woche mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow getroffen zu haben, fragte, wie die Strategie der Regierung – inklusive eines Zeitplans – für konstruktive Gespräche zur Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen aussehe. Chrupalla beklagte dabei auch, dass die deutsche Ratspräsidentschaft bisher relativ wenig dazu beigetragen habe.

Merkel entgegnete, sie glaube nicht, dass es eines Neustarts in den Beziehungen bedürfe.

„Wir haben ein hohes Maß an Kontinuität. Was Nord Stream anbelangt, ist die Position der Bundesregierung vollkommen unverändert, wie sie es auch in den letzten Jahren war.“

Die Bundesrepublik schaffe die strukturellen Rahmenbedingungen, damit das regional- und energiepolitisch bedeutsame, internationale Wirtschaftsprojekt Nord Stream 2 auch fertiggestellt werden könne.

Die Bundeskanzlerin fügte jedoch hinzu:

„Wir können aber nicht darüber hinwegsehen – es wäre bedauerlich, wenn Sie nicht darüber mit dem russischen Außenminister gesprochen hätten –, dass wir doch ein schwerwiegendes Ereignis in Bezug auf Herrn Nawalny hatten, dass wir Vorgänge im Kleinen Tiergarten hier in Berlin hatten, die im Augenblick vom Herrn Generalbundesanwalt aufgeklärt werden.“

Es gebe auch wenig Fortschritte beim Minsker Prozess, weshalb die Russland-Sanktionen auf dem letzten europäischen Ratsgipfel noch einmal verlängert worden seien.

„Man muss auf der einen Seite sehen, dass es uns ein Wunsch ist, gute strategische Beziehungen mit Russland zu haben. (...) Das darf uns aber nicht die Augen davor verschließen lassen, was die Realitäten sind.“

In dieser Kombination von Ambition und guter Betrachtung der Realitäten habe Deutschland eine sehr kontinuierliche Russland-Politik, so Merkel.

Auf die Frage Chrupallas, ob die Bundesregierung das unter anderem von Präsident Putin vorgeschlagene und auch von der deutsch-russischen Auslandshandelskammer befürwortete Konzept eines gemeinsamen Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok realisiere, erwiderte Merkel, sie sei immer sehr dafür gewesen – gerade auch in den Handelsbeziehungen –, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum ins Auge zu fassen.

Allerdings sei sie bei den Verhandlungen mit Russland über die Assoziierung der Ukraine an die Europäische Union nicht besonders weitergekommen, „weil sich von russischer Seite wenig Bewegung gezeigt hat, die notwendigen Zollfragen zu klären, und weil der russische Präsident ein Prä für seine eigenen Wirtschaftsräume gegeben“ habe, so die Bundeskanzlerin abschließend.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.12/article/5fda178bb480cc6bf529a834.jpg>